

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 21. März 2016

Verfasser: Christoph Ziegler

### **Bericht der Geschäftsprüfungskommission (Daniel Hodel)**

Der Bericht der Geschäftsprüfungskommission wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Arbeit der GPK ist enorm wichtig und braucht einen umsichtigen Präsidenten, den wir in dieser Legislatur mit Daniel Hodel (Stadt Zürich) stellen.

### **Bewilligung eines Objektkredits für die Erweiterung des Staatsarchivs mit einer Solaranlage (Thomas Wirth)**

Der Kredit für die Erweiterung des Staatsarchivs ist unbestritten. Mehr zu reden gibt der Minderheitsantrag von Thomas Wirth (glp), welcher ein Solardach für 150'000.- forderte (Gesamtvolumen des Kredits 25 Millionen). Die Wirtschaftlichkeit der Anlage kann positiv beurteilt werden, Subventionen müssen vom Kanton keine gesprochen werden. Und wichtig: die Energie wird vor allem für den Eigengebrauch eingesetzt. Doch selbst eine Ausgabe von 150'000 Franken für eine nachhaltige Energiepolitik ist der FDP und der SVP zu viel. Am Schluss stimmte der Rat ganz knapp einem Kompromiss der BDP zu. Die Solaranlage kann gebaut werden, allerdings wird der Kredit nicht erhöht. Für uns stimmt das Resultat zwar sachlich, die von uns geforderte Solaranlage wird gebaut. Allerdings ist es nicht ganz redlich, wenn man denkt, es habe im Baukredit noch irgendwo Luft für eine Solaranlage.

### **(Keine) Gemeindefusions-Offensive (Andreas Hauri)**

Das von uns eingereichte Postulat greift ein Problem auf, das von links und rechts anerkannt wird. Bei Fusionen sollte nicht ausschliesslich Geld die entscheidende Rolle spielen, sondern es geht vor allem darum, dass sinnvolle Fusionen entstehen können. Hier könnte und sollte der Kanton eingreifen. Unsere Strukturen stammen aus dem 19. Jahrhundert, die heutigen Gemeindegebiete entsprechen grossmehrheitlich nicht mehr den heutigen Lebensräumen und gehören angepasst. Dabei wollen wir keine Fusionen von oben verordnen, sondern den Regierungsrat auffordern, sein Konzept zu ergänzen, wie er den Gemeinden helfen kann, ihre Strukturen zu vereinfachen und zu stärken.

Der Regierungsrat wäre bereit, das Postulat anzunehmen. Das Postulat findet Unterstützung bei der BDP, SP und EVP. Das Postulat wird dennoch wortreich abgelehnt. Damit bleibt alles beim Alten – hoffentlich macht die Regierung dennoch weiter.

### **(Keine) Berufliche Vorsorge für Kulturschaffende (Michael Zeugin)**

Die Grünliberalen lehnen diese Speziallösung für eine einzelne Berufsgruppe ab. Es würde ein hoher Bürokratieaufwand geschaffen und andere selbständig Erwerbende würden diskriminiert. Die Motion der SP wird abgelehnt.